

Redebeitrag des Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Dieter Althaus MdL, auf der Regionalkonferenz Mitte am 23. April 2007 in Bad Berka

Lieber Mike Mohring, herzlichen Dank für die Einladung in Deinen Wahlkreis, sei doppelt begrüßt als Wahlkreisabgeordneter und als Generalsekretär.

Lieber Dr. Christean Wagner, herzlichen Dank, dass wir Sie heute Abend hier in Bad Berka als Gast haben.

Ich freue mich, dass Sie alle gekommen sind, die Fraktionsvorsitzende mit vielen Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion,
die Landtagspräsidentin und fast das gesamte Kabinett,
Staatssekretärinnen und Staatssekretäre,
der Präsident des Verfassungsgerichtes, Herr Graef ist unter uns.

Ich freue mich auch, dass Antje Tillmann heute da ist. Schön, dass Sie alle hier sind auf unserer fünften Regionalkonferenz. Ich freue mich besonders, dass Christean Wagner da ist, weil er ein Freund ist, der von der ersten Stunde nach der Maueröffnung intensiv mit Thüringen verbunden war und Thüringen geholfen hat. Im Januar 1990 war ich bei Ihnen. Wiesbaden war einladend. An eine Sache kann ich mich besonders erinnern. Ich war erstaunt, dass das noch im Westen passieren kann. Wir sind abends in den Ratskeller gegangen und der Strom fiel aus und die Küche funktionierte nicht mehr. Wir haben dann bei Kerzenschein im Ratskeller wunderbare Wurst gegessen. Und ich erinnere mich noch gerne, Sie haben mir damals geholfen. Eine Menge Literatur haben die Hessen für uns bereitgestellt. Auch haben Sie damals dafür gesorgt, dass ein Kopierer angeschafft werden konnte, und wir konnten sehr viel schneller neue Lehrmaterialien in unseren Schulen verteilen.

Dann erinnere ich mich an einen zweiten Besuch. Sie waren skeptisch im Wahlkampf zum 18. März über den Ort in den ich Sie eingeladen hatte. Es war ein kleiner Ort, Sie können sich vielleicht erinnern, Lenterode. Sie werden ihn nicht kennen – 300 Einwohner. Ein Mann, der als Kultusminister für ein ganzes Land zuständig ist, wird von einem kleinen Schulrat in einen kleinen Ort ein eingeladen. Sicher haben Sie gedacht, dass Sie dort nur ein kleiner Saal erwartet, in dem ein versprengter Haufen über Politik redet. Aber Sie haben dann erlebt, wie in einem kleinen eichsfeldischen Ort mit ein paar hundert

Einwohnern ein großer Saal, ein bis zum „Brechen gefüllter Saal“ vorhanden war. Vom Pfarrer bis zum Bürgermeister – alle, die politische Verantwortung getragen haben und politisch interessiert waren, waren gekommen. Das waren so die Anfänge. Christine Lieberknecht könnte jetzt erzählen über ihre Zeit als Kultusministerin mit dem Kultusminister Dr. Christean Wagner. Dann waren Sie als Justizminister aktiv und jetzt haben Sie eine der schönsten Funktionen, die es innerhalb eines Politikerlebens gibt: Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag. Und wir sagen heute schon gerne zu, ich denke, das gilt für viele hier im Raum, dass wir ab Herbst helfen, dass im Januar 2008 Roland Koch und die CDU Hessen wieder erfolgreich sind. Denn wir brauchen eine gute Nachbarschaft mit einer guten CDU-Führung in Hessen. Wir helfen Ihnen, wie auch Sie uns in den letzten Jahren geholfen haben.

Die Hessen sind bei uns gern gesehen, bekommen bei uns sogar Ämter – wie sie sehen. Wir haben ja auch viel gemeinsam. Nicht nur die Hessisch-Thüringische Landesbank, sondern wenn man den gesamten Westthüringer Raum oder auch den Nordthüringer Raum sieht, dann sind wir ganz eng wieder miteinander verwoben. Und ich habe, nachdem am 9. November 1989 die Grenze aufging, eigentlich eines als besonders wunderbar empfunden. In ganz kurzer Zeit, eigentlich in Wochen, wurden die alten Verbindungen wieder die neuen. Sie wissen, dass die alten Straßen alle nicht mehr durchlässig waren. Die DDR unterhielt keine Straßen in den Westen, außer die paar Grenzübergänge und plötzlich wurden innerhalb von wenigen Wochen die alten Landesstraßen, die alten Gemeindeverbindungen wieder geöffnet. Und wenn Sie heute fragen im Westthüringer Raum, in der Rhön, im Nordthüringer Raum, im Mühlhäuser Umfeld, wo die Zentren sind, in denen die Menschen wieder zu Hause sind, wo sie zum Einkaufen gehen oder wenn sie im Hessischen in der Nähe von Eisenach fragen, wo sie jetzt wieder ins Theater gehen, dann stellen sie fest, die gehen wieder dahin, wo sie immer die traditionellen Bindungen hatten. Und das zeigt mir, wie widernatürlich diese Trennung war und umgekehrt zeigt mir diese wichtige Tatsache, wie richtig es war, dass die Union von der ersten Stunde, von der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland an, an der Wiedervereinigung Deutschlands festgehalten hat.

Vielleicht kann das auch eine der zentralen Bedeutungen sein, die für unsere Grundsatzprogrammdiskussion wichtig sind. Wie begründet sich unsere Politik. Begründet sie sich aus dem Alltag, aus den Notwendigkeiten, die sich aus der Globalisierung ergeben?

Sicherlich. Dem kann man nicht entgehen, sondern man muss sie ernst nehmen. Begründet sie sich aus den veränderten Erwartungen der Wählerinnen und Wähler? Sicherlich. Die müssen aufgenommen und ernst genommen werden. Begründet sie sich aus den Veränderungen der modernen Technologien? Sicherlich, auch das ist ein Faktum. Aber in Wirklichkeit und in Wahrheit muss sich eine Volkspartei der Mitte, die sich auf das christliche Menschenbild beruft, so wie die Union, tiefer bohren, wenn es um die Begründung der eigenen Politik geht. Und genau das zeichnet die Union aus, dass sie nie - jedenfalls fast - den Wind erspürt hat, sondern, dass sie immer versucht hat, Grundsatztreue zu leben. Wenn wir einen Verband in der Bundesrepublik Deutschland haben, der besonders grundsatztreu über all die Jahrzehnte war, dann war es der Hessische Verband. Das kann man auch aus der Distanz in Trennungszeiten sagen, dass der Hessische Landesverband - Alfred Dregger und viele andere wären zu nennen - immer, wenn es zu schwierigen Diskussionen kam, diese Grundsatztreue bewiesen hat. Und dass es deshalb auch wichtig ist jetzt auch in einem neuen Jahrzehnt und einem neuen Jahrhundert, diese Grundsatzfragen zu diskutieren.

Was ergibt sich aus dem christlichen Menschenbild für unsere alltäglichen Politikentscheidungen? Was heißt das: Menschenwürde in der Herausforderung in der heutigen Zeit? Wo moderne Technologien vieles ermöglichen, muss die Menschenwürde beachtet werden, darf Menschenwürde weder am Anfang des Lebens noch am Ende des Lebens in Frage stehen. Dass das keine Überzeugung in ganz Europa mehr ist, kann man in der Nachbarschaft erleben. In den Niederlanden ist es heute schon so, dass im Alter Menschen um ihr Leben fürchten müssen. Wenn sie aus gesundheitlichen Gründen, aus familiären Gründen zur Last geworden sind, besteht die Möglichkeit, dieses Leben zu beenden. Und andere Entwicklungen bei den modernen Technologien ermöglichen auch am Anfang des Lebens heute Vieles, das wir aus unserer Überzeugung nicht zulassen, weil wir die Menschenwürde jedes Einzelnen immer achten und immer schützen.

Oder auch das große Thema der Freiheit. Freiheit ist so etwas wie die Grundüberzeugung einer Sozialen Marktwirtschaft, die zukunftsfähig sein muss. Jeder hat diese Freiheit und der Staat muss darauf achten, dass die Freiheit auch erhalten bleibt. Sicherheit und Freiheit stehen nicht gegeneinander, sondern miteinander. Und gerade beim Thema Innere Sicherheit und beim Thema Äußere Sicherheit hat die Union besondere Kompetenzen. Weil sie über die Jahrzehnte die Freiheit nie in Frage gestellt hat, aber

darauf geachtet hat, dass es eine Freiheit in Sicherheit ist. Wir führen jetzt wieder eine historische Debatte um die Morde der RAF. Wir haben in Deutschland Vergangenheit aufzuarbeiten, bei der immer die Gefahr bestand, dass die Freiheit instrumentalisiert werden sollte gegen die Sicherheit Einzelner, gegen das Freiheits- und Sicherheitsempfinden Einzelner. Auch die Freiheit ist etwas, was die Union in der Grundüberzeugung immer gelebt hat und die sich aus der Überzeugung zum christlichen Menschenbild ergibt.

Oder auch die Solidarität und Subsidiarität. Wir sind für Solidarität, aber für eine, die ihre Kraftquellen erhält und sie nicht aufgibt. Als Ludwig Erhard die Marktwirtschaft etablierte, hat er den Startpunkt für einen schlagkräftigen Mittelstand gelegt. Dann hat sich der Mittelstand in Deutschland West entwickelt und auf dieser Grundlage konnte über die Sozialstaatsgesetze immer mehr Solidarität entwickelt werden. Aber wir sind dabei zu viel an Solidarität zu erhalten, ohne dass die Grundlage dafür ausreichend gewährleistet ist. Und wer zu viel verteilt, der überfordert die Gesellschaft, den Einzelnen und den Staat. Schulden sind die Konsequenzen. Deshalb ist es richtig, dass jetzt wieder die Union in den Ländern, im Bund unter Angela Merkel darauf achtet, dass wir konsolidieren und dass wir auch investieren und reformieren. Aber dass diese Konsolidierung nicht zu kurz kommt, denn wer über die Verhältnisse lebt, auch mit einer moralisch guten Begründung der Solidarität, der wird für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft nicht ausreichend Handlungsfähigkeit erhalten. Ganz im Gegenteil, die Handlungsfähigkeit wird immer mehr in Frage gestellt.

Und auch beim Thema „Gelingendes Leben“ haben wir als Union gerade hier in Thüringen in den letzten Jahren entscheidende Diskussionen geführt. Was heißt gelingendes Leben? Wir haben ein Grundgesetz in der Bundesrepublik Deutschland und eine Verfassung im Freistaat Thüringen, die zu dieser wichtigen Staatsaufgabe etwas formuliert. Eine der zentralen Aufgabe für gelingendes Leben ist es, Ehe und Familie in der Mitte der Gesellschaft zu erhalten und zu stärken. Sie bilden sozusagen das Grundfundament auf dem eine freiheitliche Gesellschaft existiert. Es gibt keine Institution, die so widerstandsfähig und so zukunftsfähig war und ist wie die Ehe und die Familie. Es beweist auch der gesunde Menschenverstand, dass die Politik nicht in die Ehe und in die Familie hineinregieren darf, sondern ganz im Gegenteil, sie muss dafür Sorge tragen, dass sie sich in Freiheit und in Verantwortung entwickeln kann und dass die Gesellschaft dort zur Verfügung steht, wo Hilfe notwendig ist, wo Probleme existieren. Da unterscheiden wir

uns zum Beispiel von den Sozialdemokraten oder auch den Grünen. Die Grünen haben in ihrer Programmatik seit Jahren die Aufgabe des Ehegatten-Splittings. Aber das Ehegatten-Splitting steht genau für diese Privilegierung der Ehe nach Artikel 6 Grundgesetz. Deswegen ist das auch eine Wertentscheidung, die für den Bestand einer Gesellschaft ganz entscheidend ist. Man kann viel für die rechtliche Gleichstellung anderer Lebensformen tun, aber man darf deshalb nicht diese wichtige Grundlage der Gesellschaft, die auf Familie angelegte Ehe in Frage stellen. Das sind Wertentscheidungen, die wir zum Beispiel mit der Familienoffensive in Thüringen in ganz konkrete Politik übersetzt haben. Ich bin froh, dass wir jetzt bundesweit ebenfalls diese Debatte führen. Aber ich will sehr deutlich sagen: Wir sind uns als Thüringer Union vollkommen klar in der Überzeugung, es geht auch darum, Strukturen zu schaffen, die der Familie zur Verfügung stehen. Wahlfreiheit zu nutzen, heißt Optionen zu haben, aber heißt nicht, dass der Staat die Vorgabe für die Entscheidung für die Familie fällt. Ganz im Gegenteil. Das ist eine Entscheidung, die autonom in der Familie getroffen wird.

Auch wenn wir das Thema Freiheitlich Demokratische Grundordnung, was in unserem Programm unter Punkt 3 geschrieben steht, im Detail anschauen, sind wir bei den Themen, die zum Beispiel auch heute Abend bei Christean Wagner eine Rolle spielen – die Frage der Inneren Sicherheit, die Frage der Verfasstheit unseres Rechtsstaates, der Unabhängigkeit der Justiz, die Frage der Stärke der Legislative und Exekutive und der Frage wie weit wir durch praktische Politik dieses demokratische Grundgefüge in der Gesellschaft weiter vermitteln. Die Zweifel, die – wie vom Thüringen Monitor festgestellt – Menschen an dem demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland haben, sind keine systematischen Zweifel. Es sind Zweifel an der mangelnden Handlungsfähigkeit innerhalb dieser demokratischen Grundordnung. Und deshalb ist es gut, wenn wir deutlich machen, dass es für die Demokratische Grundordnung und die Akzeptanz dauerhaft richtig ist, dass die Politik notwendige Veränderungen organisiert. Wenn sie diese notwendigen Veränderungen nicht organisiert in einer offenen Gesellschaft mit vollkommener Bewegungsfreiheit, dann werden die Menschen, die eine solche Politik nicht akzeptieren, ihre eigenen Wege gehen. Junge Leute gehen ins Ausland, Wirtschaft funktioniert in anderen Teilen Europas und in der Welt. Und dann ist die Demokratische Grundordnung im Inneren nicht gefährdet, weil die Theorie falsch ist, sondern weil die Akzeptanz nicht mehr vorhanden ist. Demokratische Grundordnungen leben von Systemvertrauen, wie es Fritz Stern einmal sehr treffend ausgeführt hat.

Der nächste Punkt: Wirtschaft und Arbeit. Der war uns deshalb so wichtig, weil neben Familie und Ehe, Wirtschaft und Arbeit zur Quelle der Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft gehören. Erhard hat das auf einen sehr kurzen Satz gebracht: „Auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft, kann die Gesellschaft ihre eigentlichen Ziele erfüllen.“ Die Politik ist nicht handlungsfähig, wenn nicht die Erträge vernünftiger Wirtschaftsentwicklung zur Verfügung stehen. Deshalb ist es an der Stelle in der Aktualität wichtig, auf diese Verantwortung hinzuweisen. Soziale Marktwirtschaft lebt vor allen Dingen nicht davon, dass man sich über die intelligente Verteilung der Erträge einig ist, sondern im Gegenteil lebt sie vor allen Dingen dadurch, dass man sich erst einmal darüber einig ist, die Marktwirtschaft in Gang zu halten – durch Wettbewerb, durch Produkte, durch Dienstleistungen, die aus Deutschland heraus national und international erfolgreich im Markt etabliert werden. Die Verteiler brauchen abgegrenzte Räume. Ob es die Planwirtschaftsverteiler waren oder die sozialistischen Verteiler von heute. Wir leben aber Gott sei Dank in keiner abgeschlossenen Welt, sondern wir müssen die Offenheit als Chance nutzen und die Ordnungspolitik für Thüringen und Deutschland für eine leistungsfähige, wachstumsorientierte Wirtschaft nutzen.

Wir sind mittelständisch geprägt. Über 98 Prozent der Thüringer Unternehmen haben unter 250 Mitarbeiter. Das heißt für uns, die Mittelständler, die kleinen Mittelständler und die größeren Mittelständler, stehen im Mittelpunkt ordnungspolitischer Entscheidungen. Nehmen Sie zum Beispiel die aktuelle Debatte zum Mindestlohn. Wer möchte nicht gerne, dass die Menschen aus ihrem Lohn auch ihre Existenz sichern können. Und da fällt uns allen sofort ein Betrag ein, und wir sind schnell im Wettstreit um die Höhe der Beträge. Aber wenn man Mindestlöhne durch die Politik gesetzlich vorgibt, dann hat man ein politisches Instrument am Markt vorbei eingesetzt, dass sich auf dem Markt nicht erfolgreich beweisen wird. Wer ist denn von Ihnen bereit, dann in dem Friseurladen statt 15 Euro, 20 oder 25 Euro zu zahlen? Wer ist denn bereit, bei seinem nächsten Einkauf in einem der großen Einkaufsparadiese darauf zu schauen, dass das Produkt, das er kauft, nicht nur in Qualität und Preis stimmt, sondern auch mit dem Sozialprodukt aus Bad Berka oder Weimar produziert wird? Keiner, sondern wir handeln ganz rational. Wir handeln nach persönlichen Bedürfnissen. Wir schauen auf Preis und Qualität und schauen darauf, dass sich das mit unseren Erwartungen deckt. Und wenn wir in den letzten fünfzehn Jahren in Deutschland den Anteil an importierten Produkten in unserer Wertschöpfung um fünfzehn

Prozent gesteigert haben, im Maschinenbau über 70 Prozent, in der Automobilzulieferindustrie teilweise um 80 Prozent, in der Haushaltselektronik über 90 Prozent, dann ist das ein Zeichen, dass dieser Standort wieder profitabler – auch für einfache Tätigkeiten – werden wird. Wenn uns das nicht gelingt, dann werden die exzellenten Fachkräfte beste Möglichkeiten auf dem Markt haben und dann werden die, die weniger Zugang zu Qualifikation haben – und das wird es immer geben – noch weniger Chancen haben. Schauen Sie sich die Statistik an. Ich bin begeistert über die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Eine Grundaussage dürfen wir dabei aber nicht übersehen: Seit fünfunddreißig Jahren steigt die Arbeitslosigkeit der schwächer Ausgebildeten und der Bildungsschwächeren kontinuierlich in Deutschland. Und das kann der Staat nicht dadurch lösen, indem er Mindestlöhne vorgibt. Ganz im Gegenteil, dann wird er den Trend zur Technologieentwicklung, zum Outsourcing ins Ausland und zur Schwarzarbeit noch verstärken. Hier ist der Staat nicht gefragt. Der Staat ist gefragt, Existenz zu sichern. Das heißt über Grundeinkommen zu reden. Das ist in einer modernen Gesellschaft notwendig, weil die Einkommen und Löhne sich weiter ausdifferenzieren werden. Und wer da versucht staatlich sich an diese Stelle zu setzen, der verkennet die Wirkmechanismen einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft, die nicht mehr national ökonomischen Regeln folgt, sondern die der Globalisierung und den Chancen der Globalisierung folgt.

Der letzte Punkt: Heimat und Thüringen. Ein Thema, das uns auch bei einer der Regionalberatungen mit Norbert Lammert beschäftigt hat. Das ist auch bei uns allen ganz persönliche Überzeugung, dass wir tief verwurzelt sein müssen in einer Heimat, weil wir daraus auch die Grundüberzeugungen ableiten. Die meisten jedenfalls hier im Saal, denke ich, haben die gleiche Erfahrung gemacht wie ich. So etwas wie patriotische Überzeugung, die Grundwerte Freiheit, Liebe, Menschenwürde, Zuneigung das lernt man nicht im theoretischen Unterricht. Und in aller Regel ist auch die Wertestunde der Eltern, die sie hin und wieder bei Kindern durch die Moralpredigten ansetzen vergebene Liebesmühe. Die bessere Vermittlung von Werten und Orientierung geschieht in der alltäglichen Verwurzelung im eigenen Umfeld, in der Familie, in der Heimat, in der Region. Dort wird gelebt, was für die Heimat wichtig ist. Die kulturelle Bedeutung, dass wir ein christliches Abendland sind, dass wir durch christliche, jüdische Tradition geprägt sind, dass sich unsere Kultur darauf aufbaut, dass wir als Residenzen hier in Thüringen ein reiches Kulturerbe haben, das uns Verpflichtung ist, dass wir ein Land haben, das in der Kleinteiligkeit, in der ländlichen Struktur Stärken hat, und dass wir diese auch erhalten

müssen. Wir können nicht mit dem Zirkel über das Land gehen und sagen, jetzt gestalten wir mal alle Kommunen neu und sortieren das Land neu, das sich über Jahrhunderte so geprägt hat wie es sich heute darstellt. Mag sein, dass die Agglomeration in dieser Welt in Hongkong und Shanghai und überall ihre Zukunft und ihre Bedeutung hat. Aber ich bin ganz sicher, dass der Bundespräsident Herzog Recht hat, wenn er vor wenigen Wochen in Schleusingen formuliert hat, dass auf der einen Seite die Globalisierung die Agglomerationen immer mehr fördert, Millionen zu sammeln, wird auf der anderen Seite die Sehnsucht nach Heimat, der Verwurzelung, der Überschaubarkeit wachsen. Und deswegen ist die Unionsauffassung in Thüringen nicht eine, die sich nur theoretisch begründet, sondern, die sich genau aus dieser Überzeugung speisen lässt. Deswegen wollen wir keine generelle Neustrukturierung unserer Gemeinden und Städte, weil wir sagen, diese Strukturierung hat auch einen inhaltlichen und prägenden Sinn, weil sie Nähe vermittelt, weil sie Beziehung ermöglicht und weil sie deshalb auch im Ergebnis Sozialkosten mit sich bringt, die in aller Regel deutlich geringer sind als in der Anonymität großer Strukturen. Und deshalb haben wir eine klare Überzeugung, die wir auch zum Beispiel aus dieser Wertüberzeugung in die praktische Politik der Kommunalstrukturen hinein übersetzen. Ich sage das, um deutlich zu machen: Grundsatzdebatten sind nicht deshalb wichtig, weil wir einen theoretischen Unterbau formulieren müssen, sondern, weil wir es leisten müssen, unsere praktischen Politikaufgaben des Alltags an diesen Grundsatzüberzeugungen zu begründen und zu messen. Das ist die Aufgabe für uns als CDU-Mitglieder. Die nimmt uns keiner ab. Die müssen wir leisten am Arbeitsplatz, bei den Freunden, in der Familie, am Biertisch. Wir müssen in der Lage sein, unsere Politik zu erklären und nicht wie das manchmal passiert – und jeder hat das schon erlebt – den Eindruck vermitteln, die wissen gar nicht warum sie dieses oder jenes in Erfurt tun oder nicht tun. Sondern, die Erklärung ist wichtig, damit klar wird, die Volkspartei CDU regiert deshalb seit 1990 in Thüringen, weil sie mit einer klaren Überzeugung und mit klaren Orientierungen im Alltag Politikentscheidungen trifft. Das verbietet nicht, dass auch hin und wieder Fehler passieren. Aber das verbietet, dass wir einen Schlingelkurs fahren. Das verbietet, dass wir populistisch werden. Das verbietet, dass wir die Grundüberzeugungen, die Deutschland geprägt haben und zur Wiedervereinigung geführt haben, im Alltag, weil es nicht mehr passt, aufgeben. Und deshalb sind wir auch als Union als einzige Partei in Deutschland in dieser Aufgabe gefragt und gefordert. Es gibt keine große historische politische Entscheidung in der Geschichte nach 1945, die von den Sozialdemokraten getroffen wurde. Sondern alle großen Entscheidungen, die Einführung der

Marktwirtschaft, die Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes, die Einführung der Sozialstaatsgesetzgebung, die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses oder die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Immer war es die Union, weil sie einen Kompass in der Hand hatte und nicht dem Zeitgeist gefolgt ist, sondern heute gesagt hat, was vielleicht morgen und übermorgen von Bedeutung ist. Es wäre doch viel einfacher gewesen, dieser schleichenden Aufgabe aller Autoritäten zu folgen. Die Achtundsechziger haben es vorgemacht, es war doch eine populäre Welle, stellt die Autoritäten in Frage, bringt alles zu einer formalen Gleichheit und dann werden die Blümchen schon wachsen und je nach innerer Anlage sich Schöne oder weniger Schöne verwirklichen. Eine grandiose Fehleinschätzung der Menschen und der Gesellschaft, die sich nach Jahrzehnten gezeigt hat. Differenzierung ist wichtig, jeder ist anders, ich muss die Stärke fordern, ich muss Eliten bilden, damit aus der Elitenkraft, die Kraft für eine leistungsfähige Gesellschaft wird. Das heißt, wir haben so viele Beweise, dass es auch gut sein kann, ein Stück dem Zeitgeist zu widerstehen und Grundsatzpolitik zu machen.

Das gilt auch – und damit will ich schließen – für Thüringen. Wir sind im dritten Jahr der neuen Legislaturperiode. Jetzt gilt es, die abschließende Kernarbeit umzusetzen: Doppelhaushalt mit Perspektive auf einen ausgeglichenen Haushalt 2010, eine Behördenstrukturreform, die jetzt in der zweiten Stufe die Kommunalisierung zur Folge hat, eine Neuorientierung des Finanzausgleichsgesetzes nach Vorgabe des Verfassungsgerichtsurteils, eine wichtige Weichenstellung beim nächsten Zukunftspakt für unsere Hochschulen oder auch bei der abschließenden Runde der Debatte von Theatern und Orchestern. Alles das wird in diesem Jahr anstehen und wir werden uns deshalb als Union im Landtag, in der Regierung, aber auch insgesamt in der Partei auf Durchsetzung einstellen. Jetzt sind wir gefragt. Wir sind nicht in der Opposition, sie kann immer fordern und hat nie Konzepte für die eigene Umsetzung in der Tasche. Wir müssen umsetzen und wollen das auch, weil wir 2009 ebenfalls erfolgreich bleiben wollen, weil die Aussage nach fast siebzehn Jahren Thüringen in der neuen Zeit ganz eindeutig ist: Die Union hat die Weichen gestellt für ein blühendes Land, das sich auch wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch in Deutschland und darüber hinaus wieder sehen lassen kann. Und, dass dabei ein paar ganz schwierige Themen mit zu lösen sind, will ich auch nicht verschweigen, eines der zentralen und schwierigen Themen, ist das wirklich große Problem Straßenausbaubeiträge in den Dörfern und die rückwärtige Bearbeitung. Aber auch, wenn wir dieses Problem jetzt lösen müssen, dann wollen wir nicht, dass die PDS das auf dem

Rücken der Menschen gegen die Politik die regiert, instrumentalisiert, sondern dann wollen wir es mit den Leuten und der Kommunalpolitik lösen. Das ist keine einfache Aufgabe, aber wir werden das gemeinsam auch meistern. Auch die Debatte in den nächsten Wochen und Monaten zur Haushaltsaufstellung wird gleiche Qualität haben. Ich denke, deshalb ist es gut, dass wir in einer Regionalberatung nicht nur die Grundsatzfragen diskutieren, sondern sie an Hand ganz konkreter Alltagserfahrungen festmachen. Deshalb bin ich froh, dass wir auf Bundesebene mit Christean Wagner einen der ganz aktiven Mitstreiter in der Grundsatzkommission haben. Wir haben selbst gemeinsam auch in zwei Aufgabenfeldern die Verantwortung. Wir führen gleichzeitig auch unsere eigene Grundsatzprogrammdebatte – übrigens zum ersten Mal seit der Wiedergründung Thüringens. Und diese Grundsatzdebatte steht unter der großen Überschrift „Was uns verbindet.“ Denn wir werden Politik dauerhaft erfolgreich umsetzen können und werden auch den Erfolg dieser Politik bei den Wahlen der nächsten Jahre haben, wenn wir deutlich machen, dass uns etwas verbindet. Und deshalb schließe ich gerne mit der Bitte: Wir müssen zusammenhalten, das heißt nicht, kritiklos alles hinnehmen, aber das heißt, den Menschen deutlich machen, sie haben eine gemeinsame Idee von dieser Gesellschaft und je nach Verantwortlichkeit werden sie auch geprägt aufgrund dieser Idee, ihre Entscheidung zu fällen. Das verbindet sie. Und Verbindung wird dadurch deutlich, dass wir so wie in den letzten Jahren auch solidarisch zu einander sind, Vertrauen zu einander haben. Denn, wenn man Vertrauen zu einander hat, kann man auch davon sprechen, was uns verbindet. Und ich bin dankbar, dass ein gutes Vertrauen gewachsen ist zwischen kommunaler Ebene und Landes-Ebene hin zu unseren Bundespolitikern, hin zu Europa und dass vor allem auch in die Mitgliedschaft hinein dieses Vertrauen vermittelt werden konnte. Deshalb bin ich in mitten der Legislaturperiode überhaupt nicht skeptisch für das Jahr 2009, wenn es uns gelingt aus dieser Erfahrung weiter so zusammenzustehen und Politik zu machen, dann werden wir 2009 kommunal erfolgreich sein, europäisch erfolgreich sein, bundespolitisch erfolgreich sein mit Angela Merkel. Und, was mir und uns vor allen Dingen wichtig ist: Wir werden die Mehrheit in Thüringen verteidigen, weil wir dieses Land weiter aus unserer christlichen Überzeugung gestalten wollen, weil Thüringen beweist, es lohnt sich für dieses Land mit besonderem Engagement Tag für Tag an die Arbeit zu gehen.

Vielen Dank.